

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 42 (1963)
Heft: 12

Artikel: Sozialdemokratisierte Sozialisten in Italien
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337483>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

derkehrende Zwischenstation auf der Bahn des Lebens. Einer ähnlichen Art des Glücks begegnen wir in den Werken Dostojewskijs, die auf Camus einen bedeutenden Einfluß ausgeübt haben. Camus bearbeitete verschiedene Werke dieses Giganten der russischen Literatur für die Bühne.

In den letzten Jahren seines Lebens widmete sich Camus sehr stark dem Theater. Als feinfühligere Regisseur machte er sich bald bei Publikum und Schauspielern einen Namen. Im Februar 1959 wurde das Drama «Les Possédés» uraufgeführt («Die Besessenen»). Es sollte sein letztes sein. Bereits arbeitete er an einem neuen Roman, «Le Premier Homme», den er im Laufe des Jahres 1960 zu vollenden hoffte. Es sollte jedoch für Camus kein «im Laufe des Jahres 1960» mehr geben. Am 4. Januar 1960 kam der Dichter bei einem Autounfall ums Leben, kaum sechs Wochen, nachdem man Gérard Philipe zu Grabe getragen hatte.

*

Es gibt viele, die Camus' Tod als sinnlos, als absurd bezeichnen. Ich weiß nicht, ob es überhaupt einen sinnlosen Tod geben kann. Ob ein Tod für den Toten selbst sinnlos ist oder nicht, wird kein Lebender je entscheiden können, weil es sich hier um eine Frage des Glaubens und nicht um eine Aufgabe des Wissens handelt.

Mit Camus ist ein großer Sucher nach der Wahrheit aus der Zeit gegangen. Diese Suche weiterzuführen, seine tiefe, ja religiöse Achtung vor dem Leben in unsere Herzen aufzunehmen, das ist die Aufgabe, die dieser Tod allen Lebenden stellt.

In dieser Hinsicht kann der Tod von Albert Camus nicht sinnlos sein.

ROLF REVENTLOW, MÜNCHEN

Sozialdemokratisierte Sozialisten in Italien

Die Sprachregelung für den Begriff des Sozialismus und der Sozialisten ist schon seit dem vorigen Jahrhundert der politischen Mode und verschiedenartigsten Konzeptionen unterworfen. Von den französischen Radikalsocialisten sagte man stets, sie seien weder radikal noch sozialistisch. Karl Marx wählte vor über hundert Jahren den Begriff «kommunistisch», weil ihm der in Frankreich herrschende Gebrauch des Wortes sozialistisch zu verbürgerlicht erschien. Zu Beginn dieses Jahrhunderts ergab es sich dann, daß die großen sozialdemokratischen Parteien sich im deutschen, nordischen und slawischen Sprachbereich¹ vorwiegend sozialdemokratisch, die Parteien der romanischen Länder sich jedoch als «sozialistisch» bezeichneten, eine sprachliche Differenz ohne innere Bedeutung.

Auch in Italien galt dies einst. Seit 1892 hieß die Partei dort eben «Sozialistische Partei», Partito Socialista Italiano, abgekürzt PSI. Und so kündeten denn auch in den letzten Oktobertagen in Rom Plakate, Banderolen und die für jeden Text verwendete große Inschrift am Kongreßpalast des von Mussolini auf der Strecke Rom–Ostia errichteten Ausstellungsgelände stolz an, daß nunmehr der 35. Kongreß der PSI stattfände. Ganz so einfach, wie diese Ankündigung es erscheinen ließ, ist aber die Geschichte der sozialistischen Bewegung Italiens, von der kommunistischen Abspaltung abgesehen, nicht verlaufen. Schon damals, unmittelbar vor der Machtergreifung des Faschismus, leisteten sich die italienischen Sozialisten wortreiche Gefechte über Ziele und Grundsätze des Sozialismus. Sie nahmen die Parteisplaltung mit in das Exil, wo es in der Schweiz und in Frankreich zuerst unter den italienischen Arbeitern und den eigentlichen politischen Emigranten zwei sozialistische Parteien gab, von denen die maximalistische Richtung dem sogenannten Balabanoffbüro angehörte, die andere der 1923 in Hamburg wiedererstandenen Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossen war. Pietro Nenni, damals schon der führende Mann der Maximalisten, war dann aber doch bereit, mit den greisen «Reformisten» E. M. Modigliano, Claudio Treves und dem Altmeister der demokratisch orientierten marxistischen Schule Italiens, Filippo Turati, eine Wiedervereinigung herbeizuführen.

Viel später, nach dem Weltkrieg, nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes und der Wiedergründung politischer Parteien nach eigener Wahl und eigenständigen Statuten gab es unter den italienischen Sozialisten wiederum eine Spaltung. Zu Beginn hatte sich diese Partei PSIUP, zu deutsch «Sozialistische Partei Italiens der proletarischen Einheit» genannt. Damit war ein ganzes Programm ausgesagt. Man strebt die Einheit an, zuerst einmal die Einheit der Arbeiterklasse, politisch dargestellt in einer Blockpolitik mit der Kommunistischen Partei. Wie immer bei den politisch tödlichen Umarmungen der kommunistischen Organisationskader, wenn sozialistische Organisationen sich auf zu enge Kontakte mit ihnen einließen, wurde auch die PSIUP und später die wiedergetaufte PSI stark von den Kommunisten unterwandert und auf die kommunistische, auf unmittelbare Machtergreifung ausgerichtete politische Linie gedrängt.

Dieser Zustand gab 1947 zu einer kleinen Explosion Anlaß. Unter der Führung von Matteo Matteotti und Giuseppe Saragat sagte sich eine Gruppe demokratischer Sozialisten von der alten Partei los und begründete eine neue Parteiorganisation, die zuerst einen guten Teil der Parlamentarier mit sich zog, dann aber im Feuer der Wahlschlachten eine oftmals prekäre Existenz führte. Die in dieser Nachkriegszeit besonders ausgeprägte Tendenz italie-

¹ Auch hier gab es jedoch den gleichen Unterschied; die Polen nannten sich «sozialistisch», die Tschechoslowaken «sozialdemokratisch».

nischer politischer Parteien in Richtungsgruppen mit eigenen Konferenzen, Tagungen und Komitees zu zerfallen, wirkte sich hier besonders ungünstig aus. Erst nach einigen Spaltungen und Fusionen und der Rückkehr einiger bekannter sozialistischer Intellektueller zur PSI – unter ihnen Matteo Matteotti – bekam diese Partei eine gewisse politische Konsistenz. Sie fand endlich ihren richtigen Namen. Sie nannte sich Partito Socialista Democratico Italiano, abgekürzt PSDI, und führte – im Ausland meist als Saragat-Partei bekannt – den Begriff «sozialdemokratisch» in das Vokabular der italienischen Politik ein.

In der PSI, in der Sozialistischen Partei also, die nach wie vor von dem nunmehr schon an Jahren, aber nicht an Temperament alt gewordenen Pietro Nenni bestimmend geleitet wird, aber gab es in den zurückliegenden Jahren zwei große Erschütterungen. Die erste dieser Erschütterungen war der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die andere war der ungarische Aufstand 1956, genauer gesagt seine Niederwerfung durch sowjetische Panzer. Unzweideutig sagte Pietro Nenni in seiner Eröffnungsrede zum Parteitag, man könne sich nicht damit begnügen, festzustellen, was Stalin auf dem Gewissen hatte, man müsse die Frage stellen: Wie war das möglich? Der Mythos des Vorbildes der Russischen Revolution, der schon vor dem Faschismus, mehr aber noch nach dem siegreichen Krieg gegen Nazis und Faschisten vorhanden war, hatte seinerzeit den italienischen Maximalismus fast ebenso in seinen Bann geschlagen wie die Kommunisten. Nun begann dieser Mythos einer mehr nüchternen Beurteilung Platz zu machen.

Dieses war einer der entscheidenden Momente der Wandlung der Mehrheit in der Sozialistischen Partei, der Ansatzpunkt jener Bewegung, die in Italien allgemein und auch parteioffiziell als die der «Autonomisten» bekannt wurde. Es gab jedoch auch andere, mehr ökonomische Ursachen der Wandlung im Denken der einstmals betont marxistischen Sozialisten. Ein Delegierter aus Trient berichtete in den Wandelgängen des Parteitages, in seiner engeren Heimat beginne man bereits, für Straßenbauten türkische Arbeiter anzuwerben. Ein Jahr zuvor hatte Giuseppe Saragat auf dem sozialdemokratischen Parteitag im gleichen Saal ein anschauliches Bild von den Strukturwandlungen der Wirtschaft und der Gesellschaft entworfen. Auch der italienische Arbeiter in seiner Heimat, mehr noch die Angestellten und Techniker, ja sogar die Landarbeiter und die Mittelschichten haben ein Lebensniveau erreicht, das mit Recht noch als ungenügend angesehen wird, das aber wesentlich höher ist als jemals zuvor. Jeder 13. Italiener hat immerhin auch schon sein Auto. Das Sein bestimmt hier zweifelsfrei in hohem Maße das Bewußtsein. Andererseits haben sich auf der christlich-demokratischen Gegenseite auch Wandlungen vollzogen. Mindestens drei von den sechs

partei-offiziösen Richtungsgruppen befürworten, fordern die «Linke Mitte». Die Mehrheit der Christlich-Demokraten steht zu diesem Begriff der Konzentration der demokratischen Kräfte Italiens. Pietro Nenni sprach davon, daß von der vorhergehenden Regierung der «Linken Mitte» unter Amintore Fanfani manches des vereinbarten Programms nicht erfüllt worden sei. Das stimmt auch, doch muß bedacht werden, daß bisher die Sozialisten diese Regierung nur sehr indirekt unterstützten, indem sie sich bei kommunistischen Mißtrauensanträgen der Stimme enthielten. Es sollte ja dann bekanntlich eine Regierung unter Beteiligung der Sozialisten mit voller Mitverantwortlichkeit gebildet werden, die an dem plötzlichen Widerstand einer Gruppe der «Autonomisten» unter der Führung von Riccardo Lombardi scheiterte. Das geschah am Abend des St.-Gregor-Tages, am 9. Mai. Seither nennt man diese Gruppe der Autonomisten die «Gregoriani». Derlei pittoreske Namensgebungen findet man oft in der italienischen Politik und in der Presse. Der Fremde, der nun plötzlich in Rom eine solche Tagung wie den Kongreß der Sozialisten besucht, findet sich dann nicht immer gleich zurecht.

Die «carristi», also diejenigen Sozialisten, die die Niederwerfung des ungarischen Arbeiteraufstandes vom Oktober 1956 billigten und daher als Parteigänger der Carri armati, der sowjetischen Panzer stigmatisiert wurden, waren nun in Rom ebenfalls gut vertreten. Sie waren natürlich nicht für die Regierungsbeteiligung. Sie waren auf alle Fälle dafür, sich bei den Kommunisten anzulehnen. Sie sind und bleiben in dem Mythos der Einheit der Arbeiterklasse, aber auch in der Vorstellung befangen, daß der westliche «Imperialismus» überall umgeht. Sie waren also dagegen und vereinten bei den Abstimmungen immerhin 39,3 Prozent der Stimmen auf sich. Eine kleine dritte Gruppe um Sandro Pertini brachte auch noch einige Prozente auf. Für die Autonomisten ergaben sich, wie genau zuvor berechnet werden konnte, 57,42 Prozent der Kongreßstimmen. Alles war nämlich in den Provinzialkongressen vordiskutiert und nach dem Proporz auf die Delegiertenstimmen verteilt worden. Jeder Delegierte hatte von Anbeginn an seine Marschroute. Es gab also eigentlich gar keine Überraschungen auf diesem Kongreß der sozialistischen Autonomie vom Kommunismus. Es gab nur Stimmungssymptome bei den Rednern und bei den – vorwiegend recht jungen – Delegierten. Auch Pietro Nenni war davon nicht frei, als er für die Einheit, trotz dem tiefen Riß zwischen Autonomisten und «carristi», plädierte und dabei davon sprach, daß es nie so kommen dürfe wie damals 1947, als ein Mann sein Selbstgefühl über die Meinung der Partei stellte. Gemeint war Saragat. Natürlich ist es an sich unbestreitbar, daß man sich in einer Partei der Meinung der Mehrheit fügt und als Minderheit eben den Versuch unternimmt, sich durchzusetzen. Diese einfache demokratische Weisheit war damals nur sehr bedingt anwendbar. In seiner ganz unpersönlichen

Erwiderung an die Presse sprach Saragat denn auch von den zwingenden Gründen, die denkende demokratische Sozialisten in jenen fernen Tagen zum Verlassen der gemeinsamen Parteiorganisation veranlaßten. Er nannte die damalige PSI «sowjetisiert». Seine Position war durch viele Jahre hindurch von der Nennis grundsätzlich unterschieden. Bei allen Vorbehalten gegenüber konservativ-klerikalen Tendenzen in der Christlich-Demokratischen Partei stützten die Sozialdemokraten mehrere Regierungen des sogenannten Zentrums, die zwar die demokratischen Spielregeln in Italien gegenüber Rechts und den Kommunisten bewahrten, aber lange Zeit keine in die Zukunft weisenden Initiativen entwickelten. Allerdings kommt den Sozialdemokraten unter der Führung Saragats auch das Verdienst zu, die Ausdehnung der Regierungsbasis auf die Linke Mitte seit langem hartnäckig verfochten zu haben.

Die Zuwendung der PSI zur Linken Mitte seit 1956 ging nur zögernd, aber dennoch unaufhaltsam voran. Praktisch begann sie nach den Entscheidungen des christlich-demokratischen Parteitages im Januar 1962, der dann zur Bildung einer Regierung der Linken Mitte führte, der eine programmatische Übereinkunft zwischen Sozialisten und Christlich-Demokraten zugrunde lag, die aber von den Sozialisten nur durch Stimmenthaltung bei Mißtrauensanträgen indirekt gestützt wurde. Nach dem Zwischenspiel im Mai 1963 mit den «Gregoriani» bedeutet der Parteitag der PSI nunmehr die offizielle Entscheidung für eine direkte Beteiligung an einer Koalition.

Das ist in der Geschichte der italienischen Sozialisten zweifellos ein Markstein, der unmittelbar nach der Tagung in Rom den bekannten Kommunistenführer Palmiro Togliatti veranlaßte, Nenni in der Zeitschrift «Rinascita» vorzuwerfen, er habe Schuld an der «Sozialdemokratisierung» der Sozialistischen Partei. Das stimmt zweifellos. Und es wurde von den Delegierten des Parteitages sehr spontan bestätigt, als der Stellvertreter Togliattis, Luigi Longo, in einer Begrüßungsansprache davon sprach, Nenni mache sich von den Kommunisten ein Bild nach seinem Gutdünken. Fast zehn Minuten konnte der Vertreter der Kommunisten nicht weiterreden, so heftig demonstrierte die Kongreßmehrheit gegen diesen Angriff auf den Mann, der immer noch der unbestrittene Führer dieser Partei ist. Allerdings darf die Popularität Nennis nicht übersehen lassen, daß er zur alten Generation gehört, daß er eines Tages abgelöst werden muß. Es ist kein Geheimnis, wie sehr Riccardo Lombardi damit rechnet, an Nennis Stelle zu treten. Trotz seiner wirkungsvollen Rhetorik scheinen jedoch andere Männer mehr Schwergewicht in der Partei zu gewinnen, in erster Linie Nennis unmittelbarer Stellvertreter de Martino und auch der Chefredaktor des Parteiorgans «Avanti», der sehr konzise gegen die «carristi» polemisierende Pieraccini.

Allerdings, es geht nicht nur um parlamentarische Taktik bei dieser So-

zialdemokratisierung der italienischen Sozialisten. Es geht auch um sehr fest-
umrissene Programmpunkte. Einige Erfolge ihres Programms, vor allem die
Nationalisierung der Elektrizitätswirtschaft und die Schaffung einer obliga-
torischen vierjährigen Oberschule der bisher nur vierklassigen italienischen
Volksschule stellen zweifellos eine Art stille Revolution des gestrigen Italiens
dar, das dem heutigen nicht mehr entspricht. Ein Streitpunkt waren und sind
zu einem gewissen Grade noch die sogenannten Regionen. Bisher gibt es
einige Regionen mit Sonderstatut, das sie teilweise den bundesdeutschen Län-
dern gleichstellt. Sizilien, Aostatal, Trient-Südtirol und neuerdings Friaul-
julisches Venetien. Die Verfassung sieht aber den Umbau der alten zentrali-
sierten Staatsverwaltung auf Regionen im ganzen Land vor. Hier waren die
Widerstände bei den Christlich-Demokraten bislang ziemlich stark, vorwie-
gend aus der Befürchtung, Kommunisten und Sozialisten würden einige die-
ser Gebietskörperschaften in kleinen Koalitionen beherrschen, wie das lange
Jahre in bedeutenden Städten des Landes der Fall war. Nenni verwies nun
auf dem Parteitag darauf, daß bereits in Mailand, Florenz und Rom Koali-
tionen der Linken Mitte² am Ruder seien und künftighin die Parteiorgani-
sationen an Ort und Stelle über die einzugehenden Bindungen entscheiden
würden. Insofern macht die Sozialdemokratisierung der PSI starke Fort-
schritte. Es verbleibt ein vorläufig kaum zu lösendes Problem, das der Bin-
dung der PSI zu der stärksten, aber zu 80 Prozent der leitenden Funktionen
von Kommunisten beherrschten Gewerkschaftsorganisation CGIL. Das Statut
der Partei schreibt die Zugehörigkeit zu dieser Organisation für Arbeitneh-
mer bindend vor. So genau wird es allerdings nicht genommen, insbesondere
wenn aus beruflichen Gründen ein Mitglied einem Verband der anderen
beiden Gewerkschaftsorganisationen, der vorwiegend christlich-demokrati-
schen CISL oder der mehr sozialdemokratischen UIL angehören. Diesmal
wurde diese Frage auf dem Parteitag sehr diskret behandelt, eigentlich nicht
erwähnt, und der stellvertretende Generalsekretär der CGIL, Santi, sprach
als Autonomist. Solange die Einheit der Partei mit den «carristi» aufrecht-
erhalten wird, kann es hier auch kaum zu Entscheidungen kommen, zumal
das gewerkschaftliche Schwergewicht³ der CGIL auch nicht übersehen wer-
den kann.

² In den italienischen Großgemeinden werden bei jeder Wahlperiode aus den Ge-
meinderäten Bürgermeister und Amtsleiter der einzelnen Ressorts, «assessori», ernannt,
die eine Art Gemeinderegierung bilden. Kommt keine Einigung der politischen Parteien
zustande, so setzt der Provinzpräfekt einen Staatskommissar ein. Die Provinzen als
Selbstverwaltungskörper werden ebenso verwaltet.

³ Infolge der Konkurrenz der drei gewerkschaftlichen Zentralen werden nur niedrige
Beiträge erhoben. Im Durchschnitt zahlen die Organisierten zwischen Fr. 2.— und 3.—
im Monat, zuzüglich eines Jahresbeitrages von etwa Fr. 1.20. Es gab sogar Zeiten, in
denen die Mitgliedskarten — die jedes Jahr erneuert werden — gratis abgegeben und
hierzu noch Geschenke gemacht wurden.

Die beginnende neue Ära der Linken Mitte nach dem Parteitag der zur guten Hälfte sozialdemokratisierten Sozialistischen Partei steht programmatisch im Zeichen heftig diskutierter wirtschaftspolitischer Zielsetzungen. Das umfangreiche Programm eines von Riccardo Lombardi angeführten – und nicht nur aus Sozialisten bestehenden – «Gehirntrasts» für Wirtschaftsfragen steht im Vordergrund der programmatischen Orientierung der Linken Mitte. Es ist ein Programm der wirtschaftlichen Sanierung Italiens, ein Programm gemischtwirtschaftlicher Lenkung mit einer starken Tendenz zur bestimmenden Rolle der öffentlichen Hand gegenüber den privatwirtschaftlichen Machtpositionen des, wie Lombardi sagte, Neokapitalismus, dessen Initiative nicht unterbunden, wohl aber nach einer allgemeinen wirtschaftspolitischen Programmierung gelenkt werden soll.

Literatur

Im Verlag F. A. Bopp, Zollikon, ist kürzlich eine Dissertation der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich erschienen, welche sich mit der Rechtstheorie des dialektischen Materialismus befaßt. Der Verfasser, Hans-Jürg Bopp, hat ihr zwar den Titel «Marxismus und Rechtswissenschaft» gegeben; doch ergibt sich aus der Einleitung, daß Gegenstand der Arbeit in erster Linie die Rechtslehre ist, wie sie heute in den kommunistisch beherrschten Staaten vertreten wird. Bopp stützt sich denn auch vorwiegend auf die sowjetische und ostzonale Literatur, obschon er in reichlichem Maße auch die einschlägigen Werke neueren und älteren Datums berücksichtigt, die in Westeuropa geschrieben und verlegt wurden und der eigentlichen Marx-Literatur angehören.

Es ist warm zu begrüßen, wenn die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse des Ostblocks und die ihnen zu Grunde liegende Vorstellungswelt endlich auch an unseren Universitäten berücksichtigt und zum Gegenstand wissenschaftlicher Bearbeitung erhoben werden. Eine geistige Auseinandersetzung kann nicht allein auf der politisch-ideologischen Ebene ausgefochten werden.

Die Arbeit gibt keineswegs nur eine deskriptive Darstellung dessen, was heute im Osten über Wesen, Aufbau und gesellschaftliche Funktion des Rechtes gelehrt wird, obschon gerade in der ausführlichen Ausbreitung der verschiedenen Ansichten sowjetischer und anderer Gelehrter ein Vorzug des Buches liegt. Dabei wird der Gegenstand in einem weitesten Sinne behandelt, der so auch das erfaßt, was man die sozialistische «Rechtsphilosophie» nennen könnte. So ist etwa ein Kapitel der Gerechtigkeitsvorstellung des dialektischen Materialismus gewidmet, ein anderes dem Staatsbegriff, wieder andere